

Sehr geehrter Herr Völker,

vielen Dank für ihren Brief, den ich gerne beantworten will. Als Grüne engagieren wir uns auf vielen Ebenen für eine durchgreifende Reform der Grundsicherung. So arbeitet Anne Spiegel, die neue grüne Bundesfamilienministerin, seit Tag 1 ihrer Amtszeit gemeinsam mit dem BMAS an einem Sofortzuschlag, von dem bundesweit 2,7 Millionen Kindern und Jugendliche aus Familien mit geringem Einkommen profitieren werden bis im Laufe dieser Legislatur endlich die Kindergrundsicherung kommt.

Mir ist sehr bewusst, dass die aktuelle Regelsatzerhöhung um 0,7% angesichts der aktuellen Inflationsquote ein Tropfen auf den heißen Stein ist. Wir brauchen einen Mechanismus, der Grundsicherungsleistungen vor Inflation schützt, denn die heute angewandten Berechnungsmodelle tun dies nicht.

Das im Koalitionsvertrag der Ampel angekündigte Bürgergeld muss solche Entwicklungen berücksichtigen, so dass es nicht zu faktischen Kürzungen beim Existenzminimum kommt. Es würde aber die Hamburger Kräfte weit übersteigen, monatliche Soforthilfen an alle Empfänger\*innen von Sozialleistungen auszuzahlen. Zudem wäre es nicht zielführend, denn solche Zuschläge würden nach aktueller Rechtslage vom regulären Regelsatz wieder abgezogen.

Diese Situation ist unbefriedigend und ein Verweis auf die von Hamburg geförderten Angebote zur Energiesparberatung ist sicher nicht ausreichend, weil die Stromkosten, den dafür im Regelsatz vorgesehenen Satz auch bei sparsamen Verbrauch übersteigen können. Politisch brauchen wir eine Lösung im Bund, die mit der Reform hin zum Bürgergeld bereits in Arbeit ist. Dieses neue Bürgergeld muss armutsfest sein, dafür wollen und werden wir uns auch aus Hamburg einsetzen. Auch akute Einmalzahlungen sind im Bund ja aktuell in der Diskussion, dies begrüße ich.

Was die Verhinderung von Stromsperren angeht, so hat der Runde Tisch zur Vermeidung von Strom-, Gas- und Wasseranschlusssperren vielfältige Maßnahmen zur Verhinderung von Sperrungen auf dem Weg gebracht (siehe [21/20062](#)), zu deren Wirksamkeit wir aktuell eine Schriftliche Kleine Anfrage an den Senat gestellt haben (Drs. [22/7330](#)). Eine Antwort liegt heute noch nicht vor.

Den Vorschlag einer regionalen Selbstverpflichtung der Energieversorger werden wir mit unserem Koalitionspartner der SPD prüfen, dazu kann ich Ihnen heute noch keine Antwort geben. Hier gilt es insbesondere noch mal zu prüfen, inwiefern bei besonderen Härten auf Sperren verzichtet werden könnte.

Mit freundlichen Grüßen,

Mareike Engels

(Grüne Bürgerschaftsfraktion, Sprecherin für Soziales)